



**Kantonsratsbeschluss
betreffend Errichtung eines Epidemie- und Pandemiefonds**

Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats
auf Verzicht auf einen speziellen Epidemie- und Pandemiefonds
vom 4. Mai 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Ergänzend zu Kapitel 6 (Verzicht auf einen speziellen Epidemie- und Pandemiefonds) im Bericht und Antrag des Regierungsrats betreffend «Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes: Notkredit und neue Ausgaben Regierungsrat» ist auf Hinweis des Präsidenten der Staatswirtschaftskommission Folgendes festzuhalten:

Aufgrund der vom Regierungsrat beantragten Änderungen der Bestimmungen im Finanzhaushaltsgesetz zum Notstandskredit sowie der neu einzuführenden beschränkten Kompetenz für neue Ausgaben erübrigt sich die Schaffung eines Epidemie- und Pandemiefonds. Mit der Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes verfügt der Regierungsrat über genügend Instrumente, um in einer Notsituation (z. B. erneute Pandemie) rasch eine umfangreiche Unterstützung für Bevölkerung und Wirtschaft sicherstellen zu können. Die Schaffung eines zusätzlichen Separatfonds würde diesbezüglich keine wesentlichen Vorteile bringen. Hinzu kommt, dass mit der Äufnung eines solchen Fonds Mittel gebunden würden, welche damit nicht mehr für die Erfüllung sonstiger finanzieller Verpflichtungen zur Verfügung stünden. Zudem würde ein vermeidbarer Aufwand zur Fondsbewirtschaftung anfallen.

Die Staatswirtschaftskommission hat in ihrem Bericht 3092.3 - 16339 vom 3. Juni 2020 bezüglich des Kantonsratsbeschlusses betreffend Einrichtung eines Epidemie- und Pandemiefonds u. a. festgehalten, dass zuerst der Rechenschaftsbericht des Regierungsrats abgewartet werden soll. Auch sollen die Erkenntnisse des Bundes berücksichtigt werden. Dieser wird nach der COVID-19-Krise ebenfalls einen Abschlussbericht verfassen. Erst nach Vorliegen des Rechenschaftsberichts des Regierungsrats könne die Errichtung eines Fonds wieder in Betracht gezogen werden.

Der erwähnte Rechenschaftsbericht ist auch Bestandteil der eingereichten Berichtsmotion des Büros des Kantonsrats betreffend den Umgang des Kantons Zug mit der Bewältigung der COVID-19-Krise (Vorlage Nr. 3124.1 - 16366). Aufgrund der noch immer andauernden Pandemie wird sich die Berichterstattung über mehrere Jahre hinziehen. Die Erstellung eines Rechenschaftsberichts mitten in der Pandemie ist nicht sinnvoll. Die Berichterstattung erfolgt deshalb jeweils im Geschäftsbericht (erstmalig im Geschäftsbericht 2020). Zudem hat der Regierungsrat beschlossen, dass Bildungsdirektor Stephan Schleiss zusammen mit Finanzdirektor Heinz Tännler die erweiterte Staatswirtschaftskommission an der Sitzung vom 2. Juni 2021 zum Geschäftsbericht 2020 über den dannzumal aktuellen Stand aller COVID-19 Massnahmen mündlich informieren wird. Damit wird die aktuelle Berichterstattung zuhanden des Kantonsrats sichergestellt. Der Präsident der Staatswirtschaftskommission hat sich – unter Vorbehalt des Entscheids der Kommission – mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt.

Aus den oben genannten Gründen stellt der Regierungsrat den **Antrag**, auf die Überarbeitung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Errichtung eines Epidemie- und Pandemiefonds (Vorlage Nr. 3092.2 - 16310) zu verzichten.

Zug, 4. Mai 2021

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Martin Pfister

Der Landschreiber: Tobias Moser